

OLG Schleswig:

„Luz“ 04. Febr. 1985

Wüppesahl bekommt recht

Die 6. Kammer des Oberverwaltungsgerichts Schleswig hat am Freitag der Klage des Grünen Geesthachter Stadtverordneten Thomas Wüppesahl in wesentlichen Punkten stattgegeben. Wüppesahl, vertreten durch den Hamburger Rechtsanwalt Günnemann, hatte beantragt, die Rechtswidrigkeit mehrerer Paragraphen der seit September '84 gültigen neuen Geschäftsordnung der Geesthachter Ratsversammlung feststellen zu lassen, die diese Mitte vergangenen Jahres als „Lex Wüppesahl“ beschlossen hatte.

Wüppesahl war mit Beschluß der Geesthachter Ratsversammlung vom 13.6.84 untersagt worden, mehr als 2 Anträge pro Ratssitzung zu stellen. Die Antragsbegründungen waren per Beschluß auf höchstens eine DIN-A-4-Seite festgesetzt worden. Die Zahl der zulässigen kleinen Anfragen war auf zwei beschränkt worden, und große Anfragen wurden für das einzelne Ratsmitglied Wüppesahl überhaupt nicht mehr zugelassen. Schließlich war auch noch die Redezeit auf höchstens zwei mal 5 Minuten pro Antrag eingeschränkt worden. Bei nur einer Gegenstimme, die des Grünen Wüppesahl, hatten die Fraktionen von CDU, SPD und

FDP bei nur wenigen Enthaltungen diese Regelungen in der Absicht beschlossen, den fraktionslosen Grünen Abgeordneten in der Wahrnehmung seiner parlamentarischen Rechte und Kontrollpflichten einzuzengen.

Das Gericht stellte nunmehr fest, die neue Geschäftsordnung unterhöle die Rechtsposition von Wüppesahl in mehrfacher Hinsicht: rechtswidrig seien die Begrenzungen auf höchstens zwei Anträge und auf höchstens zwei Anfragen. Rechtswidrig sei auch die Regelung, Antragsbegründungen auf höchstens einer DIN-A-4-Seite zu verfassen. Denn damit, so Richter Thiem, werde der

Ermessungsausübung der Bürgervorsteherin bei der Zusammenstellung der Tagesordnung rechtswidrig ein Riegel vorgeschoben. In den übrigen Punkten wurde die Klage Wüppesahls abgewiesen. nis

Schülerdemonstration

Am Montag findet ab halb drei von der Emilie-Wüstenfeld-Schule in der Bundesstraße in die Innenstadt eine Schülerdemo statt. Schüler der EWS und anderer Schulen wollen gegen die neueste Sparmaßnahme des Hamburger Senats, Zeitverträge für Lehrer nicht zu verlängern, protestieren.